

Vorwärts in die Vergangenheit

Rosa-grüner Angriff auf Arbeitslose und Beschäftigte



Die Bundesregierung aus SPD und Bündnisgrünen schreitet weiter voran - beim Sozialabbau. Unter dem Schlagwort "Agenda 2010" startet sie den größten Angriff auf soziale Rechte der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik. Statt Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist man zur Bekämpfung der Arbeitslosen, der sozial Schwachen und Armen in unserem Land übergegangen. Agenda 2010 - das ist die Bankrotterklärung sozialdemokratischer Reformpolitik. Arbeit zu Löhnen die arm machen. Heute geheuert, morgen gefeuert. Jeder ist für seine Krankheit verantwortlich und soll selbst dafür zahlen. Ein ganzes Leben gearbeitet, und trotzdem arm im Alter. Alle müssen opfern für die Unternehmen und die Reichen. Das ist die Botschaft von SPD-Grün. Sie schaffen das Solidarsystem ab und vernichten den Solidargedanken in den Köpfen.

Was bedeutet "Agenda 2010"?

Kurz umrissen heißt das: Sozialabbau, Abbau von Arbeitnehmerrechten und Senkung der Löhne. Wir sollen die Beiträge für das Krankengeld in Zukunft allein bezahlen, beim Besuch eines Facharztes ist ein "Eintrittsgeld" fällig. Wer das Pech hat und arbeitslos wird, dem droht nach Ende der Zahlung des Arbeitslosengeldes (über 45-jährige sollen nur noch 12 Monate, über 55-jährige nur noch 18 Monate Arbeitslosengeld erhalten) der Sturz in die Sozialhilfe mit allen negativen Folgen. Nach dem Sozialgesetzbuch müssen die Arbeitslosen ihren "Bedarf" nachweisen. Anrechnung von Partnereinkommen und Ersparnisse, Versicherungen, Bausparverträge, ... Besonders schlimme Folgen hätte dies für die Kinder von Arbeitslosen, denn wer Sozialhilfe bezieht, bekommt im Unterschied zur derzeitigen Arbeitslosenhilfe kein Kindergeld. Während auch der kleinste Sparstrumpf angerechnet wird, bleiben die Reichen und Superreichen verschont. Verschärft werden sollen auch die Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslose. Jede Arbeit, selbst Pflichtarbeit, wäre - unabhängig vom Entgelt - zumutbar. Falls Arbeitslose eine Arbeit ablehnen oder wenn Nachweise fehlen, dass sie sich um Arbeit bemüht haben, soll die Leistung gekürzt werden.

Zukunft der Kinder

Kinder und Jugendliche bilden eine besonders von Arbeitslosenarmut betroffene Gruppe. Über 1,1 Millionen Kinder und Jugendliche sind bereits heute von Sozialhilfe abhängig. Wichtigste Ursache ist eine elterliche (Langzeit-) Arbeitslosigkeit. Neben Irland besitzt Deutschland in der gesamten EU den höchsten Anteil an Kindern und Jugendlichen, die in einkommensschwachen

Armut in Deutschland

"Die Tafeln" sammeln Lebensmittel, noch verwertbar, überzählig, überproduziert und gibt diese unentgeltlich - oder mit symbolischem Betrag an Bedürftige ab. Die 330 "Tafeln" versorgen inzwischen bundesweit eine halbe Million Menschen in Schulen, Kindertagesstätten, Frauenprojekten und Obdachlosen-einrichtungen mit Lebensmitteln.

Je nach Berechnungsmodell leben in Deutschland zwischen fünf und acht Millionen Menschen in (Einkommens-)Armut. Das Einkommen wird zu einem großen Teil für die Absicherung elementarer Lebensbedürfnisse benötigt.

Bei einem ohnehin beschränkten Budget können meist nur bei der Nahrung größere Posten eingespart werden. Besonders Haushalte mit geringem Einkommen verzichten auf den Kauf bestimmter Nahrungsmittel.

Viele Betroffene leben pro Tag von ca. 4,50 Euro, die für die Zubereitung von Frühstück, Mittag- und Abendessen ausreichen müssen. Als Luxus gilt unter Armen oft schon das, was für die Mehrheitsgesellschaft als Alltagskost gesehen wird. Auf Fleisch wird meist ganz verzichtet. Frisches Obst ist selbst im Sommer noch zu teuer und auch Grundnahrungsmittel wie Milch gehören oft zu den Luxusgütern.

Viele Sozialhilfeempfänger schaffen es nur durch extremen Verzicht bis zum Monatsende durchzuhalten. Vielen gelingt es nicht. Sie sind auf die Hilfe anderer Menschen angewiesen oder hungern. Dies bestätigt, was der Volksmund formuliert.

Wer arm ist, lebt mehr oder minder von der Hand in den Mund.



Fortsetzung von S.1

Familien leben. Die Kinder, deren Zukunft den Machern der "Agenda 2010" so am Herzen liegt ("Die SPD will mit der Agenda 2010 dazu beitragen, das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts zu einem Jahrzehnt der Kinder und Familien zu machen"), sind die am meisten Benachteiligten dieses "Reformpaketes".

Modernisierung?

Kanzler Schröder spricht von Modernisierung der Sozialsysteme, die 50 Jahre unverändert geblieben und zum Hemmnis geworden seien. Unsere Sozialsysteme seien nicht mehr zeitgemäß und nicht mehr bezahlbar.

Die Bundesregierung sagt: Der Sozialstaat ist an seine Grenzen gekommen. Wir können uns Arbeit für alle und soziale Sicherheit nicht mehr leisten. Die Unternehmen können sich die paritätische Finanzierung der sozialen Sicherung nicht mehr leisten.

Was aber ist modern an der "Agenda 2010"?

Eigentlich gar nichts! Sie ist ein Rückschritt ins 19. Jahrhundert. Sozialdemokraten und Mittelstandsgrüne reden von "Wohltaten" und "Missbrauch", so, als wären Löhne und soziale Absicherung jemals Brocken vom Tisch der Reichen gewesen. "Vollkasko-Mentalität" wird denen vorgeworfen, denen das Wasser bis zum Halse steht. Bundesregierung und Unternehmer haben den Stein der Reichen entdeckt: die Arbeiter und Angestellten zahlen die Steuern für die Konzerne und Reichen.

Während eine Entlassungswelle die andere jagt, werden die Gewinne nahezu steuerfrei einkassiert. Millionäre, die noch Steuern bezahlen, wechseln den Steuerberater. Die staatliche Veranstaltung wird ganz überwiegend aus dem Geld der Beschäftigten und aus der Besteuerung ihres Konsums bezahlt.

Die Alternative

I. Zukunftsinvestitionen

Der Gesellschaft geht nicht die Arbeit aus. Das Problem liegt darin, dass ein immer größerer Bereich gesellschaftlich notwendiger Arbeit nicht bezahlt wird, weil er für das Kapital nicht profitabel genug ist. Wir fordern umfassende staatliche und kommunale Investitionsprogramme zum Bau von Wohnungen, für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, für Bildungs- und Kultureinrichtungen, zur Umweltsanierung. Der Bedarf ist vorhanden. Vorhanden sind auch die finanziellen Mittel: Im Reichtum der Konzerne und Banken, im Rüstungsetat, bei den Spekulationsmilliarden von Banken, Versicherungen und Konzernen und bei den Vermögen der Superreichen. So können öffentliche Beschäftigungsprogramme finanziert werden, ohne dass die Staatsverschuldung weiter wächst

- Sofortige Einstellung der Zinszahlung aus den öffentlichen Haushalten an die Banken.
- Abrüstung jetzt! Als erster Schritt: Sofortige Kürzung des Rüstungshaushaltes um mindestens 10 Prozent. Keine Beschaffung neuer Waffensysteme.
- Millionen zahlen Steuern. Millionäre sollen es auch: Sofortige Wiedereinführung der Vermögensteuer. Heraufsetzung der Erbschaftsteuer für Großvermögen. Mindeststeuer für Unternehmensgewinne.
- "Solidarpakt" zwischen Reich und Arm. Eine sofortige Sonderabgabe großer Vermögen zur Armutsbekämpfung.

II. Arbeitsplätze und Einkommen sichern

- Allgemeine Durchsetzung der 35-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit, auch in tariflich nicht gebundenen Betrieben. Arbeitsplätze statt Überstunden.
- 32 Stunden sind genug - weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Runter mit dem Rentenalter - Rente mit 60.
- Ausbau des Kündigungsschutzes. Verbot von Massenentlassungen, solange das Unternehmen Gewinne macht. Das Privatvermögen der Spitzenmanager wird bei Konkursen zur Finanzierung der Gehälter herangezogen.
- Höhere Löhne und Renten - mehr Kaufkraft - mehr Nachfrage. Das sichert und schafft Arbeitsplätze.
- Ein Arbeitsplatz muss zum Leben reichen. Schluss mit dem Niedriglohnsektor und ungeschützten Arbeitsverhältnissen.
- Ein Ausbildungsplatzgesetz - aber sofort. Alle Unternehmen und Verwaltungen werden verpflichtet, mindestens 10 Prozent der Arbeitsplätze als Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

III. armutssichere Sozialsysteme

Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung sind gesellschaftliche Aufgabe und Verpflichtung. Die soziale Sicherung ist kein Feld für die Spekulation und Bereicherung der Versicherungen und Pensionsfonds.

- Die volle "paritätische" Finanzierung ist für alle gesetzlichen

Die Alternative

Versicherungen wieder herstellen.

- Für alle Sozialversicherungssysteme gilt: kein Abbau von Leistungen und erworbenen Rechten.
- Die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme muss auf eine breitere Grundlage gestellt werden: Die "Maschinensteuer" bringt Rationalisierungsgewinne in die Kassen der Arbeitslosenversicherung. Vermögenseinkommen zur Finanzierung der Rentenversicherung heranziehen. Beamte, Freiberufler und Selbstständige in die Gesetzliche Krankenversicherung einbeziehen. Eine jährliche Gesundheitsabgabe der Unternehmen in Höhe von 2,5 Mrd. Euro als Beitrag zur Finanzierung der durch die Arbeitsbedingungen verursachten Krankheiten.
- Die fast unkontrollierte Macht der Pharma-Industrie muss gebrochen werden.

IV. öffentliche Dienstleistung statt privater Profit

Private Monopole haben sich öffentliches Eigentum unter den Nagel gerissen. Steigende Gebühren und schlechter Service sind die Konsequenzen. Kosten und Belastungen tragen die Beschäftigten und die Verbraucher.

- Wasser ist Leben. Die Privatisierung der Wasserversorgung muss verhindert werden.
- Die Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Dienstleistung ist sofort zu stoppen.
- Die Privatisierung von Post und Telekom, Lufthansa und anderer ehemals staatlicher oder kommunaler Betriebe ist rückgängig zu machen,

V. demokratische Kontrolle und Einschränkung der Macht der Konzerne

Die Regierung fördert Banken, Konzerne und die Reichen. Wir brauchen jedoch eine Politik für die arbeitenden Menschen und eine Wirtschaft im Interesse der Bevölkerung.

Ein aktiver Staat - der gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen - muss eine an den Interessen der Mehrheit orientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik betreiben und die Demokratie gegen die Macht des Kapitals verteidigen und erweitern. Effektivität der Wirtschaft darf nicht in der Rentabilität des Kapitals und in den abstrakten Kennziffern der internationalen Konkurrenzfähigkeit gemessen werden, sondern in der Erfüllung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen. Demokratische Rahmenplanung, Einschränkung der Macht der Multis und Bekämpfung der Finanzspekulation - diese Politik könnte Arbeitsplätze schaffen, die Lebenssituation der arbeitenden Menschen verbessern und die Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrisen mildern.

Aber die beste Politik kann kapitalistische Krisen und Arbeitslosigkeit nicht verhindern. Dazu ist die Überwindung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Multis und der Banken - der Sozialismus - notwendig.

**Aber beginnen wir heute mit dem Kampf um die Zukunft.
Wehren wir uns gemeinsam gegen Kapital und Kabinett!**

*Als sie die Renten kürzten,
habe ich mich nicht
gewehrt, denn
ich war ja kein/e Rentner/in*

*Als sie das
Gesundheitssystem
zerschlugen,
habe ich mich nicht
gewehrt,
ich war ja nicht krank.*

*Als sie das Arbeitslosengeld
kürzten
und die Arbeitslosenhilfe
abschafften,
habe ich mich nicht
gewehrt,
ich war ja nicht arbeitslos.*

*Als ich alt, krank und
arbeitslos war,
war nichts mehr da,
denn sie hatten schon alles
gekürzt*

Ich will:

- mehr Infos über die DKP
- Mitglied der DKP werden
- ein Gespräch mit einem DKP-Mitglied führen

Bitte schicken an:

DKP Darmstadt-Dieburg
c/o Rainer Keil
Heinrich-Fulda-Weg 13
64289 Darmstadt
Tel.: 06151-788407
FAX: 06151-788406
oder per e-Mail:
info@dkp-darmstadt.de

Weitere Informationen über die DKP gibt's auch im Internet unter:
www.dkp-darmstadt.de,
www.dkp.de und
www.kommunisten.de
V.i.S.d.P.: Rainer Keil

Einen „nationalen Kraftakt“ forderte Finanzminister Eichel, um den „Sparkurs“ fortsetzen zu können und den Haushalt auszugleichen. Den „Kraftakt“ müssen nach dem Willen der Regierung Kranke, Arbeitslose, Rentner, Sozialhilfeempfänger, Pendler und Schichtarbeiter vollbringen. Sie werden abgezockt, um das Loch, das durch Steuergeschenke an Konzerne, Spitzenverdiener und Coupon-Abschneider entstanden ist, notdürftig wieder zu stopfen. Die Mindereinnahmen aus den drei betreffenden Steuerarten - Körperschaftsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Kapitalertragsteuer - addieren sich im Jahr 2004 auf etwa 30 Milliarden Euro (im Vergleich zu 2000) - bei günstigem Konjunkturverlauf und einem realen Wachstum von 2 Prozent. 14 Milliarden hat Eichel bislang aus den sozial Schwachen zusätzlich herausgepresst. Weitere Einschnitte werden im Verlauf der Verhandlungen um die vorgezogene Steuerreform noch folgen.

Bereits 2001 rechnete Professor Lorenz Jarass dem Finanzminister vor: „Insgesamt haben die Kapitalgesellschaften im Jahr 2001 gegenüber 2000 rund 27 Milliarden Euro weniger Steuern bezahlt, wovon nur etwa 7 Milliarden durch die höhere Kapitalertragsteuer auf Dividendenausschüttungen wettgemacht wurden. Nicht zuletzt wegen dieser Steuerminderung von netto rund 20 Milliarden Euro (also rund 250 Euro pro Kopf der deutschen Bevölkerung) hatte Deutschland im Jahr 2001 ein Haushaltsdefizit von insgesamt 56,3 Milliarden Euro. Bei angemessener Besteuerung der Kapitalgesellschaften hätte die Defizitquote nicht bei 2,7 Prozent der - höchsten in der EU - gelegen, sondern deutlich unter 2 Prozent. Die von der Bundesregierung schon angekündigten weiteren Sparprogramme würden sich dann erübrigen.“

(Jarass / Obermair, „Wer soll das bezahlen?“; Marburg 2002, S. 48)

Lehrstellen - Wo sind sie geblieben?

Mit viel Pomp und Getöse führte der südhessische Unternehmerverband am 23. Mai in Darmstadt einen "Ausbildungsinfotag" durch. Der Verband hatte für über 200 offene Ausbildungsplätze geworben.

Die dort verteilten Listen wurden vom DGB-Jugendbüro Darmstadt überprüft. Das Ergebnis war ernüchternd: Von 224 überprüften Firmenangeboten seien 123 Ausbildungsplätze nicht vorhanden oder bereits deutlich vor dem 23. Mai vergeben gewesen. Lediglich 54 Lehrstellen waren demnach noch frei. Bei 47 Ausbildungsplätzen habe man allerdings die entsprechenden Betriebe nicht erreicht. Selbst wenn diese Plätze alle existierten, bleibe die Bilanz vernichtend.

Ein Vertreter des DGB-Jugendbüros kritisierte die Art und Weise, wie der Unternehmerverband mit den Zukunftshoffnungen und -ängsten von Jugendlichen umgehe. Ein solches Verhalten sei „beschämend und skandalös“. Wenn schon diese Zahlen nicht stimmten, „was soll dann bei den Appellen für mehr Ausbildung herauskommen,“ fragt der zuständige DGB-Jugendreferent. Dabei geht die DGB-Jugend davon aus, dass diese Situation nicht nur auf Südhessen beschränkt ist.

Der Unternehmerverband zeigte sich überrascht und ließ das staunende Publikum wissen, dass eine Statistik freier Ausbildungsplätze „nur eine Momentaufnahme“ darstellen könne und Statistiken allgemein einer „eigenen Dynamik unterliegen“.

Ob der Unternehmerverband nun bewusst oder unbewusst mit falschen Zahlen agierte - für die betroffenen Jugendlichen bleibt ein fader Beigeschmack, zeigt sich doch der Widerspruch zwischen offiziellen Ankündigungen, politischem Gelabere und der Realität.

Viel realistischer ging es da fast zur gleichen Zeit auf dem Darmstädter Messplatz zu. Die Bundeswehr bot hier mit ihrer Ausstellung "Unser Heer" Zukunftsperspektiven en masse. Presseoffizier Huber: "Geistige Flexibilität, Mobilität und Bereitschaft zu Auslandseinsätzen sind gefragt". Mit diesem Hinweis im Marschgepäck lassen sich Jugendliche zu einem vermutlich "sicheren Arbeitsplatz im Panzer" (Darmstädter Echo, 03.06.) verführen.

Jetzt, da die "deutsche" Freiheit am Hindukusch, sprich weltweit, verteidigt und in der "Heimat" der Sozialstaat gekappt wird, bedarf es ohne Zweifel wohlausgebildeten Kanonenfutters, welches die Interessen Deutschlands "mit allen Mitteln" durchzusetzen versteht. Das kostet verständlicherweise auch Opfer, denn: "Wo gehobelt wird, fallen Späne". Aber die Mütter und Väter der "Gefallenen" dürfen sich mit dem Gedanken trösten, dass ihre Kinder im "humanitären Einsatz" gestorben sind. Im vergangenen Jahrhundert starben deutsche Soldaten ja noch für "Führer (Kaiser), Volk und Vaterland".

Welch zivilisatorischer Fortschritt welche Perspektive für lehrstellensuchende Jugendliche!



35. Jahrgang Nr. 41
48. Freitag der DKP
Freitag, den 1. November 2002, 19.30 Uhr

UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung

Den Widerstand der
Elitegesellschaft unterschätzt

Geld für Arbeit, nicht für Krieg

56 200 Euro

www.unsere-zeit.de

UZ - Zeitung der DKP

Abo & Informatio
CommPress Verlag,
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
Tel: 0201 24 86 482
E-Mail: UZAbo@t-online.de

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____

Unser Wertpapier
kommunistisch - informativ - wertvoll